

## FRANKREICH

### CHINA-POLITIK

#### Partner gefunden

Grell gleißendes Licht der aufgehenden Sonne flutete über Rollbahn und Hangars des Flughafens von Peking. Der Anblick stimmte Marie François-Bénard, Leiter einer sechsköpfigen französischen Parlamentarier-Delegation auf Fernostreise, poetisch.

„Die Sonne“, so rief der konservative François-Bénard ins kommunistische Begrüßungsmikrofon, „kündet zu dieser Jahreszeit die Schmelze von Schnee und Eis.“ Und: „Dieses Mal, meine ich, kündigt die Sonne von Peking ein Tauwetter in den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern.“

Was der Kammer-Deputierte am Sonntag vergangener Woche mit lateinischer Vorfrühlingspoesie erahnte, wird in dieser Woche Frankreichs herblich-rauhe Beziehungen zu Washington in arktischer Kälte erstarren lassen: die Anerkennung Rotchinas durch de Gaulle.

ersten Unterredung zwischen chinesischen und französischen Diplomaten gekommen. Hauptsprecher Frankreichs bei diesen streng geheimgehaltenen Kontakten war Expremier (1952 und 1955) Edgar Faure.

Ende August, nachdem sich Paris und Peking geweigert hatten, das Moskauer Atomstopp-Abkommen zu paraphieren, und als in der rotchinesischen Presse erstmals de-Gaulle-freundliche Karikaturen erschienen waren, eröffnete Außenminister Maurice Couve de Murville in Washington seinem amerikanischen Kollegen Rusk: Es sei „unlogisch für Frankreich, China nicht anzuerkennen“.

Am 18. September reiste der französische Exbotschafter und Erdöl-Manager Guillaume Georges-Picot mit Sonderinstruktionen de Gaulles zu Wirtschaftsverhandlungen nach Peking.

Zwei Wochen nach Georges-Picot pilgerte China-Freund Edgar Faure, ebenfalls nach einer Sonderaudienz im Elysée-Palast, ins rote Reich der Mitte.

Faure, der bei seiner ersten China-reise im Jahr 1957 als Tourist in einem schlichten Pekinger Hotel logiert hatte,

richtenagentur UPI eine Meldung, daß Anfang 1964 diplomatische Beziehungen zwischen Paris und Peking aufgenommen würden.

Am selben Tag wurde in Paris die Wochenzeitung der gaullistischen „Union für die Neue Republik“, „Notre République“, vertrieben, in der Ex-Informationsminister Louis Terrenoire gegen jede Aufwertung Rotchinas polemisierte: „Die apokalyptischen Absichten Maos würden durch eine Anerkennung nicht gemäßigt.“

Dann überschlugen sich Bestätigungen und Dementis:

▷ 11. Dezember: UPI meldet von „maßgeblicher Seite“: Die Anerkennung sei beschlossene Sache, nur der Zeitpunkt müsse noch von de Gaulle festgesetzt werden.

▷ 12. Dezember: Couve de Murville bestreitet vor der Nationalversammlung, daß Frankreich in näherer Zukunft diplomatische Beziehungen zu Rotchina aufnehmen werde.

▷ 16. Dezember: US-Außenminister Dean Rusk verläßt nach einer vierzigminütigen Unterredung mit de Gaulle den Elysée-Palast — überzeugt, daß eine Anerkennung in naher Zukunft außer Frage stehe.

▷ 17. Dezember: Der Quai d'Orsay teilt mit, der französische Geschäftsträger in Kairo, Henri Froment-Meurice, sei instruiert worden, sich an allen diplomatischen Veranstaltungen des Nasser-Regimes zu Ehren der Afrika-Reisenden Tschou En-lai und Tschou Yi zu beteiligen.

▷ 29. Dezember: Das staatliche französische Fernsehen überträgt als Kernstück des aktuellen Abendprogramms ein in Rabat aufgenommenes Interview mit Tschou En-lai, in dem der Peking-Premier von der „historischen Freundschaft zwischen Frankreich und China“ spricht; das Thema „diplomatische Beziehungen“ wird gemieden.

▷ 5. Januar: Frankreichs Botschafter Hervé Alphand überreicht im State Department ein Aide-mémoire, in dem de Gaulle seine grundsätzliche Entscheidung zur Anerkennung Rotchinas mitteilt, allerdings ohne einen Termin zu nennen.

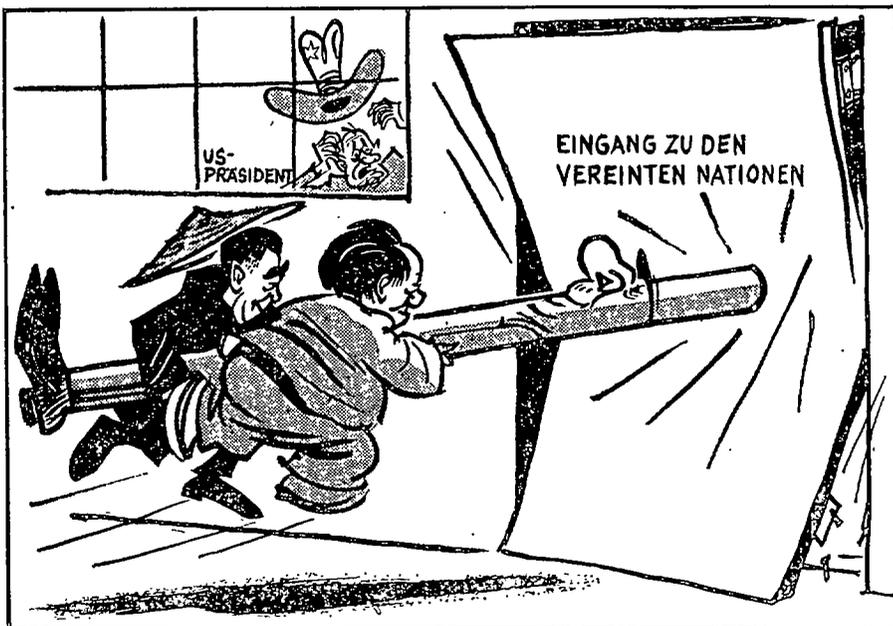
▷ 7. Januar: Premier Georges Pompidou bei einem Presse-Empfang: „Das Problem der Anerkennung Chinas stellt sich allen Ländern. Unsere Regierung hat in dieser Hinsicht noch keine Entscheidung getroffen.“

▷ 8. Januar: Der Quai d'Orsay nimmt eine Analyse des State Department entgegen, in der Frankreich vor den Folgen einer unabhängigen China-Politik gewarnt wird.

▷ 9. Januar: Der Quai d'Orsay beschwichtigt: Die Vereinigten Staaten würden vor einem entscheidenden französischen Schritt in der China-Frage „umfassend konsultiert“ werden.

▷ 10. Januar: Edgar Faure plädiert in einem Interview für die sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Botschafter-Ebene.

▷ 14. Januar: De Gaulle empfängt US-Botschafter Bohlen und dessen Frau



Rammbock de Gaulle

Daily Mirror

Mit diesem diplomatischen Gewaltakt könnte Frankreichs Staatschef vielleicht das bisher vom Blöcke-Dualismus Washington - Moskau bestimmte Kräfteverhältnis der Welt verändern, die westliche Allianz aufbrechen, die Kluft zwischen Peking und Moskau vertiefen, Amerikas Eindämmungs-Strategie gegen Peking zerschlagen und die Wahlchancen US-Präsident Johnsons ernstlich gefährden.

Im Bewußtsein dieser Konsequenzen für des Westens Führungsmacht, Amerika, hat der General-Staatschef die seit Monaten beschlossene Anerkennung Pekings durch Informationen und Dementis, Andeutungen und diplomatische Geheimaktionen psychologisch vorbereiten lassen und zugleich ihren Termin verschleierte.

In der Woche vom 15. bis 22. April letzten Jahres war es in Bern zu einer

wurde jetzt als „Privatreisender“ („Le Monde“) vom Peking-Regime wie ein bedeutender Staatsgast empfangen und gefeiert. Erinnert sich Ehefrau Lucie Faure: „Unser Bild war jeden Morgen in den Zeitungen.“

Nach mehreren Unterredungen mit Premier Tschou En-lai und Außenminister Tschou Yi in Peking und einem — nur den bevorzugtesten Gästen gewährten — Empfang bei Parteichef Mao in dessen Villa bei Schanghai erklärte Faure beeindruckt: Die Atmosphäre für eine „Normalisierung“ der Beziehungen Peking - Paris sei gegeben.

Am 23. Oktober dementierte Informationsminister Alain Peyrefitte energisch alle „Gerüchte, die von einer bevorstehenden Anerkennung Chinas durch unsere Regierung sprechen“.

Am 7. November lancierte der Quai d'Orsay über die amerikanische Nach-

Rudolf Augstein

## NAPOLEON IV.

Die deutsch-französische Freundschaft ist nicht von de Gaulle gegründet worden. Letztlich hat sie zum Fundament, daß immer mehr Menschen beider Länder Geschmack am Nachbarn gefunden haben. Tiefgreifende Interessengegensätze sind nicht mehr zu sehen, Streitknochen aus dem Spielfeld gezogen worden (letzteres ein Verdienst Konrad Adenauers, vielleicht sein einziges, bestimmt sein bedeutendstes).

De Gaulle war aus nationalstaatlichen Gründen bis zum Jahre 1958 ein hartnäckiger Feind jener deutsch-französischen Integrationspolitik, aus der die politische Versöhnung gewissermaßen als Nebenprodukt hervorgegangen ist. Bei seinem Deutschland-Besuch hat er kassiert, was andere gegen seinen ferventen Widerspruch angelegt hatten, ohne ein Wort der Erinnerung an jene Männer, die gesät haben, als er noch Unkraut hochschießen ließ.

Wir sagen also nicht der deutsch-französischen Freundschaft Lebewohl, wenn wir uns von der Politik des französischen Staatspräsidenten de Gaulle verabschieden, der weiter die Mauer zu machen lebensgefährlich wäre, jedenfalls für die Bundesrepublik. Dem deutsch-französischen Sonderpakt zum Trotz, der nie hätte abgeschlossen und ratifiziert werden dürfen, müssen wir uns zu der bitteren Selbsterkenntnis verstehen, daß Frankreichs Politik so lange nicht mit der unsrigen akkordiert werden kann, wie de Gaulle „auf Grund unserer Geschichte wie auch durch mein Amt die Ehre und den Auftrag“ hat, wie er zu Neujahr kundtat, im Namen aller Franzosen zu sprechen.

Daß er ein nationalstaatliches Leitbild verkündet, in dessen Rahmen Fortschritte zur europäischen Einigung hin nahezu ausgeschlossen sind, war seit je bekannt und ist von ihm mit wünschenswerter Präzision auch in seiner Silvester-Ansprache wiederholt worden: Es sei, so sagte er, „im tiefen Bewußtsein unseres Volkes das erhebende Gefühl erwacht, daß es sich lohnt, Frankreich zu sein“.

Frankreich also ist erwacht. Hätte sich die Bundesrepublik zu dem gleichen erhebenden Gefühl verstanden, daß es sich lohnt oder lohnen müsse, Deutschland zu sein, so wären beide Völker angesichts der unerträglichen Arroganz im Fall Argoud und etlicher wichtigerer Vorkommnisse schon wieder auf ausgetretenen Kriegspfaden.

Die EWG, dies verkündete de Gaulle zu Neujahr, habe sich weder durch die Aufnahme eines neuen Mitglieds (Englands) „auflösen noch durch das jenseits des Atlantik existierende System anneklieren“ lassen — fürwahr ein Vokabular, fürwahr eine Denkart, denen man in Bonn energisch widersprechen sollte.

Unter dem Schutz der amerikanischen und der deutschen Waffen betreibt de Gaulle, wie wir seit neuestem wissen, die Schwächung des Nato-Bündnisses, das auch er für notwendig hält. In brücker Form, und selbstverständlich ohne Bonn zu konsultieren, benutzt er die im

übrigen ja diskutable Frage eines Botschafter-Austauschs mit Maos China als Waffe, um die aus dem Kennedy-Schock heraustaumelnden Amerikaner in Schwierigkeiten zu stoßen.

Wieder ist seine Logik bestechend. Wie er den Abzug der Amerikaner aus Europa dadurch fördert, daß er ihn an die Wand malt, so treibt er die auf längere Sicht vielleicht zwangsläufige Entwicklung zum „Polyzentrismus“ voran, indem er die amerikanische Position gleichzeitig mit der russischen zu schwächen sucht. Die beiden atomaren Vormächte sollen dadurch getroffen werden, daß die Atom-Parias Frankreich und China ein Stück Wegs gemeinsam gehen.

Nehmen wir ins Visier, welch unbetretenes Land wir an der Seite unseres Sonderbündlers und Polyzentristen entdecken können: Es wird ihm gelingen, Amerikas Positionen außerhalb Europas zu schwächen (innerhalb Europas nur, wenn wir uns weiter durch Schweigen zum Komplizen machen lassen); aber hat er eine annähernd gleiche Erfolgchance, zum Ausgleich die Positionen Sowjetrußlands in Europa zu untergraben? Verkennt er nicht, wie Adenauer, die Natur der kommunistischen Bewegungen in aller Welt, wenn er Rußland zu schwächen sucht, indem er China diplomatisch, nicht materiell (woher auch?) unterstützt?

Werden die Sowjets nicht geradezu in eine Schlüsselposition gestoßen, wenn Frankreich China demonstrativ fördert, das gefühlsmäßig und geographisch einen weit drohenden Schatten über die Vereinigten Staaten wirft als Rußland? Und was ist ein Konsultationspakt wert, der die Diskussion aller wichtigen Fragen, speziell der Ost-West-Beziehungen, zwar ausdrücklich zum Vertragsgegenstand hat, aber, wie wir von Außenminister Schröder im Bundestag hörten, nicht die Verpflichtung, sondern nur eine Absicht postuliert? Will der Bundestag absichtliche Vertragsuntreue oder absichtlichen Völkerrechtsbruch wie im Fall Argoud hinnehmen, weil Frankreich eine Nation von Gottes Gnaden und de Gaulle ein von der französischen Geschichte Auserwählter ist?

Die „Frankfurter Allgemeine“ warnt uns, das Verhalten de Gaulles „lediglich als Ausfluß von Großmannssucht zu werten“. Das tut natürlich keiner, Gründe stehen diesem klugen und großen Mann, diesem klugen Großmann reichlich zu Gebote. Dennoch liegt seiner Politik eine krasse Überschätzung seiner eigenen, weiter der französischen und der kontinentalen Möglichkeiten zugrunde, eine überhebliche Geistesart, die unter dem Rubrum „Spät-Bonapartismus“ korrekt abgestempelt ist.

Wir in Deutschland sollten uns erinnern, was dabei herausgekommen ist, als Wilhelms kontinentales Reich vor dem Ersten Weltkrieg versuchte, als Schutzherr der kleinen und mittleren Nationen, der Nicht-Atomkräfte von heute, gegen die großen See- und Kolonialmächte Posen zu fassen.

zu einem privaten Essen. Über China wird nicht gesprochen.

Am Donnerstag vorvergangener Woche, am 16. Januar, wurde es amtlich: De Gaulles Informationsminister Peyrefitte informierte die diplomatischen Korrespondenten der führenden Pariser Blätter, Frankreich werde in allernächster Zukunft, wahrscheinlich noch vor der Pressekonferenz Präsident de Gaulles am 31. Januar, uneingeschränkte diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufnehmen.

Grollte US-Unterstaatssekretär Averell Harriman: „Das ist für die Vereinigten Staaten ein Schlag ins Gesicht.“

Der General hatte in einem Moment zugeschlagen, in dem Washingtons Position in der farbigen Welt ohnehin an allen denkbaren Fronten attackiert wurde:

- ▷ Panama fordert eine Einschränkung der amerikanischen Souveränität am strategisch wichtigsten Punkt der westlichen Hemisphäre, der Kanalzone:



Peking-Premier Tschou (r.), Gast Faure  
Normalisierung aus Leidenschaft

- ▷ Sansibar, Gewürzinsel vor der Ostküste Afrikas, hat nach einem Putsch chinesischer Revolutionäre mit Amerika gebrochen.
- ▷ Malaysia, von England protegierter fernöstlicher Inselstaat, wird von dem mit US-Dollars gestützten Indonesien-Diktator Sukarno trotz amerikanischer Interventionen bedroht.
- ▷ Südvietnam, wo 15 000 US-Soldaten mit regierungstreuen Truppen seit fünf Jahren einen zähen Dschungelkrieg gegen Vietcong-Guerillas führen, ist heute mehr denn je von der kommunistischen Eroberung bedroht.
- ▷ Kambodscha, das in zehn Jahren 300 Millionen Dollar US-Hilfe erhielt, brach unlängst sämtliche Beziehungen zu Washington ab und wandte sich Peking und Paris zu.
- ▷ Pakistan, durch die amerikanische Unterstützung für Indien nach der chinesischen Himalaja-Invasion im Herbst 1962 unversöhnlich verärgert,

droht aus dem westlichen Allianz-System auszubrechen.

▷ Kuba, von Washington mit einer Handelsblockade belegt, erfreut sich zunehmender Kontakte zu handels-eifrigen europäischen US-Verbündeten.

Keiner dieser außenpolitischen Rückschläge konnte jedoch bisher Amerikas Führungsrolle im Westen ernsthaft beeinträchtigen: Das will jetzt de Gaulle durch sein Spiel mit Rotchina erreichen.

Couve de Murville erläuterte am Mittwoch letzter Woche vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung, welche Gründe seinen Staatschef zur Liaison mit Peking veranlaßt haben.

„Ohne die Zustimmung und ohne den guten Willen Chinas wird es in Südostasien niemals zu einer Stabilisierung kommen“, so erklärte der Chef des Quai d'Orsay. „Der zweite Hauptgrund: Durch den Bruch zwischen Peking und Moskau ist der monolithische Ostblock gespalten und China daher wieder ein eigenständiger Faktor im Kräftespiel der Weltpolitik geworden.“

Am Mittwochabend, auf einem Empfang in der Deutschen Botschaft in Paris, formulierte der pro-gaullistische Parlamentarier Raymond Mondon, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, die Konsequenz, die der große Gallier aus diesen Erkenntnissen zieht.

Mondon: „De Gaulle wird die beiden politischen Machtblöcke sprengen.“ Der starre Dualismus der beiden Supermächte werde einem Pluralismus weichen, in dem die asiatische Großmacht China und ein unter der Führung Frankreichs konsolidiertes Kontinental-Europa gleichwertig neben den USA und der UdSSR auftreten könnten.

De Gaulles China-Initiative bringt überdies Amerikas Einkreisungs- und Boykottpolitik gegen die chinesischen Kommunisten im Fernen Osten und in den Vereinten Nationen in Gefahr.

Viele afrikanische Staaten, mit Sicherheit die zwölf ehemaligen französischen Kolonien der heute der EWG assoziierten Communauté sowie Kenia und Sansibar, werden dem französischen Beispiel folgen. Auch Portugal und Belgien haben angedeutet, daß sie ihre Haltung gegenüber dem Peking-Regime überprüfen wollen. In Kanada und Japan drängen einflußreiche politische Gruppen ebenfalls auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Rotchina.

Die Aufnahme der chinesischen Kommunisten in die Uno, im vergangenen Jahr noch mit 57 gegen 41 Stimmen von der Vollversammlung abgelehnt, wird deshalb in diesem Jahr nur schwer zu verhindern sein. Eine derartige Entscheidung kurz vor den amerikanischen Präsidentschafts- und Kongreßwahlen wäre für Präsident Johnson und die Demokratische Partei auch innenpolitisch ein empfindlicher Schlag.

Charles de Gaulle jedoch, seine Vision von Frankreichs neuer Größe vor Augen, nimmt keine Rücksichten auf fremde Mächte. „Die Leidenschaft eines Mannes von Charakter, allein zu handeln“, so schrieb de Gaulle in seinem Buch „Des Schwertes Schneide“, „ist naturnotwendig von einer rüden Art im Umgang begleitet.“



Ehepaar Macleod: Tips gegeben

## ENGLAND

### PREMIERMINISTER

#### Die Lady und der Kandidat

Am 17. Oktober 1963 wurde Alec Douglas-Home zum Nachfolger des erkrankten Britenpremiers Harold Macmillan bestimmt. Folgen: Der Journalist Randolph Churchill, 52, gewann 6000 Mark, die er auf den Außenseiter Home gewettet hatte, der konservative Parteivorsitzende Iain Macleod, 50, quittierte seinen Posten.

Auf den Tag drei Monate danach, am 17. Januar 1964, beschuldigte Macleod seinen Parteifreund Home, durch eine innerparteiliche Kabale an die Regierung gekommen zu sein. Den konser-

vativen Churchill-Sohn bezichtigte Macleod, das Oktober-Geschehen inzwischen in einem Buch falsch dargestellt zu haben.

Ein halbes Jahr vor den Wahlen wurde Großbritanniens Regierungspartei dadurch in eine Krise gezerzt, die ihre Wahlchancen weiter verringert.

„Die ganze Bitterkeit des Führungskampfes vom letzten Herbst“, schrieb der linksgerichtete „Daily Mirror“, „würde wieder aufgerührt.“

Als Macmillan über Nacht amtsunfähig geworden war, galten zwei Nachfolgekandidaten als Favoriten: Innenminister Richard Austen Butler und der rechtsstehende Wissenschaftsminister Lord Hailsham.

Sie lieferten einander so erbitterte Kämpfe, daß die Parteieinheit gefährdet schien.

Da griff Macmillan ein. Mit Hilfe des Fraktionseinpeitschers Redmayne gelang es ihm, gegen den Widerstand des Kabinetts seinen Geheimfavoriten, den Außenseiter Lord Home, zum Nachfolger zu designieren.

Eine Rebellion der vom Premier über-rumpelten Minister, die Butler als Regierungschef haben wollten, scheiterte. Die Kabinettsmehrheit akzeptierte daraufhin den Lord. Nur zwei Regierungsmitglieder schieden grollend aus dem Kabinet: Gesundheitsminister Enoch Powell und der Unterhaus-Fraktionschef Iain Macleod.

Doch auch sie hielten sich an den Pakt des Schweigens, den die Konservativen vereinbart hatten, um ihre Wahlchancen nicht durch peinliche Enthüllungen zu ruinieren.

Am 13. Januar wurde der Führungskampf der Konservativen durch ein Buch neu aufgerollt. Autor war der als bissiger Schreiber gefürchtete Randolph Churchill\*\*.

Churchills — überraschend milde — Version des Tory-Streitens war eine

\* SPIEGEL-Titel 35/1959.

\*\* Randolph S. Churchill: „The Fight for the Tory Leadership“. Verlag Heinemann, London; 156 Seiten; 7½ Shilling.



Autor Randolph Churchill\*  
Wette gewonnen